

Aktuelle Tendenzen der Finanzpolitik in der EWU	635
Energieverbrauch im Freizeitbereich steigt	642

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 39/2000

Berlin

28. September 2000

67. Jahrgang

Aktuelle Tendenzen der Finanzpolitik in der EWU

Von Mitte der neunziger Jahre an gingen die Fehlbeträge der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedsländern der nachmaligen Europäischen Währungsunion (EWU) spürbar zurück; dahinter stand das Bemühen, die fiskalischen Referenzwerte für den Eintritt in die Währungsunion zu erfüllen. In der Tat konnten — mit Ausnahme Griechenlands — alle Länder, die dies angestrebt hatten, an der Währungsunion teilnehmen.¹ Zur Überwachung der haushaltspolitischen Entwicklung in der EWU und bei den übrigen Beitrittskandidaten aus der Europäischen Union (EU) schuf man mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin (SWP) ein Instrument, das die jährliche Vorlage von Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen verlangt.

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa werden mittlerweile die — aus früherer Sicht durchaus anspruchsvollen — Ziele der Programme zumeist deutlich übertroffen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der Konsolidierungskurs in unvermindertem Tempo fortgesetzt werden soll oder ob mit der verbesserten Haushaltslage der öffentlichen Hand nunmehr die privaten Haushalte — wie in Deutschland und Frankreich — durch Steuersenkungen entlastet werden sollen. Dabei ist auch von Bedeutung, wie eine konjunkturpolitisch adäquate Finanzpolitik in Abstimmung mit der Geldpolitik des Europäischen Währungsraumes gestaltet sein sollte.

Entwicklung der finanzpolitischen Eckwerte

Die staatliche *Einnahmenquote* (Einnahmen des Staates insgesamt in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) in der EWU insgesamt ist in den neunziger Jahren — insbesondere aufgrund der Entwicklung in den größeren Ländern — deutlich gestiegen (Tabelle 1). Lag sie in den achtziger Jahren zumeist bei gut 44 %, so stieg sie bis auf reichlich 46 % im Jahre 1993 und über 47 % im Jahre 1997; seither sinkt sie allmählich wieder.

Die entsprechende *Ausgabenquote* stieg von Ende der achtziger Jahre bis 1993 zunächst stärker, von rund 48 % auf gut 52 %. Maßgeblich hierfür waren eine schwache bis rückläufige Wirtschaftsentwicklung und das damit verbundene Wirksamwerden der so genannten automatischen Stabilisatoren. Die Ausgabenquote ist dann aber, vor allem aufgrund der Einsparungen im Hinblick auf die Referenz-

werte des Maastrichtvertrages, bis auf etwa 49 % zu Beginn der Währungsunion gesunken und dürfte Ende dieses Jahres nur noch bei 47 % liegen. Dieser Rückgang war begleitet von erheblichen Veränderungen in der Ausgabenstruktur. Während bei einem noch weit höheren Niveau der Arbeitslosigkeit als in den achtziger Jahren die Ausgaben in diesem Bereich stark stiegen, gingen die *Bruttoanlageinvestitionen* des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt spürbar zurück (Tabelle 2).

Etwa parallel zur Entwicklung der Ausgabenquote erreichte das Finanzierungsdefizit der EWU-Länder in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 1993 mit rund 5½ % einen Höhepunkt und verringerte sich dann bis 1998 auf rund 2 %. Die Bruttostaatsschuld erreichte ihren Höchst-

¹ Von Januar 2001 an nimmt auch Griechenland an der Währungsunion teil.

Tabelle 1

Einnahmen und Ausgaben des Staates in den EWU-Ländern
in % des Bruttoinlandsprodukts

	1992 ¹⁾	1996	1997	1998	1999	2000 ²⁾	2001 ²⁾	1992 ¹⁾	1996	1997	1998	1999	2000 ²⁾	2001 ²⁾
	Einnahmen							Ausgaben						
Deutschland	44,7	46,2	45,9	46,0	46,7	46,3	44,7	47,2	49,6	48,6	47,7	47,8	47,2	46,1
Frankreich	48,4	50,1	50,4	49,7	50,6	49,5	49,0	52,5	54,2	53,4	52,4	52,3	51,1	50,2
Italien	.	45,8	48,2	46,6	46,9	46,3	46,0	.	52,9	50,9	49,4	48,8	47,8	46,8
Spanien	.	39,3	39,6	39,6	40,0	40,0	40,0	.	44,3	42,7	42,2	41,1	40,7	40,5
Niederlande	.	47,0	46,4	45,7	46,8	46,0	43,8	.	48,9	47,6	46,5	46,2	45,0	43,4
Belgien	47,0	49,9	50,2	50,2	50,1	49,5	48,9	44,0	53,6	52,2	51,3	51,0	50,0	49,2
Österreich	50,6	50,6	49,8	49,3	49,0	48,5	47,6	52,5	54,4	51,7	51,8	51,1	50,3	49,6
Finnland	54,7	53,7	52,6	52,4	52,1	51,8	51,1	60,4	56,9	54,1	51,1	49,8	47,7	46,1
Portugal	.	42,0	42,2	43,0	45,9	46,8	47,2	.	45,8	44,8	45,1	47,8	48,3	48,7
Irland	41,4	38,8	38,4	37,7	38,4	37,1	36,4	44,4	39,5	37,6	35,5	36,4	35,4	33,6
Luxemburg	48,9	48,9	47,6	47,2	46,5	46,2	45,4	46,7	46,2	44,0	43,9	44,1	43,6	42,7
EWU-Länder	.	46,7	47,1	46,6	47,2	46,6	45,7	.	51,0	49,6	48,6	48,4	47,5	46,5
Nachrichtlich:														
Großbritannien	40,3	39,5	39,5	40,6	40,4	40,0	39,7	46,8	43,8	41,5	40,3	39,2	39,1	39,0
Schweden	.	59,3	59,1	60,6	60,4	58,5	57,6	.	62,6	61,1	58,7	58,5	56,0	54,7
Dänemark	.	58,1	57,8	57,5	57,9	56,7	55,9	.	59,1	57,4	56,3	54,9	54,2	53,5
Griechenland	.	36,9	38,9	40,1	41,6	41,4	41,1	.	44,7	43,5	43,2	43,2	42,8	41,8

¹⁾ Daten auf Basis des ESVG 1995 nicht für alle Länder verfügbar. — ²⁾ Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission.

stand mit fast 75 % des Bruttoinlandsprodukts dagegen erst 1996, konnte danach allerdings auf — gegenwärtig — etwa 70 % reduziert werden (Tabelle 3). Bei dem hohen Stand der Staatsschuld wird der Verlauf der Defizitquote

erheblich durch Zinszahlungen geprägt (Tabelle 4). Der so genannte Primärsaldo, der ohne diese Zahlungen berechnet wird, ist in der EWU schon seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend positiv; hierin spiegeln sich die Konsolidierungsanstrengungen wider.

Tabelle 2

Bruttoanlageinvestitionen des Staates
in den EWU-Ländern
in % des Bruttoinlandsprodukts

	1970 ¹⁾	1980 ¹⁾	1990 ¹⁾	1995	2000 ²⁾	2001 ²⁾
Deutschland	4,6	3,6	2,3	2,3	1,7	1,7
Frankreich	3,8	3,2	3,5	3,3	2,9	2,9
Italien	2,9	3,2	3,3	2,1	2,6	2,5
Spanien	2,6	1,8	4,8	3,7	3,4	3,5
Niederlande	4,4	3,2	1,9	3,0	3,2	3,1
Belgien	4,7	4,4	1,3	1,8	1,7	1,7
Österreich	4,9	4,3	3,1	2,9	1,6	1,6
Finnland	3,6	3,8	3,7	2,8	2,7	2,6
Portugal	2,3	4,2	3,2	3,8	4,6	4,7
Irland	3,9	5,4	2,0	2,3	3,1	3,2
Luxemburg	3,1	6,4	4,5	4,6	5,1	5,2
EWU-Länder	3,9	3,3	3,0	2,7	2,5	2,4
Nachrichtlich:						
Großbritannien	4,8	2,5	2,3	2,0	1,4	1,6
Schweden	6,3	4,1	2,3	3,4	2,5	2,5
Dänemark	4,9	3,3	1,6	1,8	1,6	1,6
Griechenland	2,7	2,1	2,8	3,2	4,3	4,3

¹⁾ Frühere Definition, nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission.

Nachdem 1999 ein Konjunkturaufschwung eingesetzt hat, werden in einer Reihe von Ländern in diesem Jahr Überschüsse erzielt, und es gibt kein Finanzierungsdefizit für die EWU insgesamt mehr — zum ersten Mal seit Beginn der siebziger Jahre, also seit der Zeit vor der ersten Ölpreiskrise. Die Schuldenstandsquote freilich wird noch längere Zeit über dem Stand der frühen siebziger Jahre sowie — für den EWU-Raum insgesamt — über dem für jedes Land geforderten Referenzwert von 60 % liegen. Hieraus ergibt sich zunächst die Forderung nach weiterer Konsolidierung, soll dieser Referenzwert nicht grundsätzlich infrage gestellt werden. Damit ist allerdings noch nichts darüber gesagt, in welchem Tempo sich diese Konsolidierung vollziehen wird und ob die Anforderungen an alle Länder gleich sein sollen. Die offiziellen Vorstellungen der EWU-Länder zum Konsolidierungsprozess werden seit Beginn der Währungsunion in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen niedergelegt.

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Im Rahmen des SWP haben sich die EU-Mitgliedsländer auf die Vorlage von Stabilitätsprogrammen (für die Länder, die bereits der EWU angehören) und Konver-

Tabelle 3

Indikatoren¹⁾ zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern
in % des Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoschulden				Finanzierungssaldo ²⁾			
	1998	1999	2000 ³⁾	2001 ³⁾	1998	1999	2000 ⁴⁾	2001 ⁴⁾
Deutschland	60,7	61,0	60,2	59,7	-1,7	-1,1	1,2	-1,7
Frankreich	59,3	58,6	58,2	57,1	-2,7	-1,8	-1,3	-0,6
Italien	116,3	114,9	110,8	106,6	-2,8	-1,9	-1,2	-0,8
Spanien	64,9	63,5	62,3	59,9	-2,6	-1,1	-0,5	-0,2
Niederlande	67,0	63,6	58,7	54,4	-0,8	0,5	1,6	1,0
Belgien	117,4	114,4	110,0	105,2	-1,0	-0,9	0,1	0,1
Österreich	63,5	64,5	64,0	63,6	-2,5	-2,0	-1,7	-1,1
Finnland	49,0	47,1	42,6	38,0	1,3	2,3	4,3	4,0
Portugal	56,5	56,7	56,9	55,1	-2,1	-2,0	-1,5	-1,3
Irland	55,6	52,4	45,2	38,1	2,1	2,0	3,5	3,0
Luxemburg	6,4	6,2	5,8	5,3	3,2	2,4	2,6	2,7
EWU-Länder	73,0	72,2	70,3	68,3	-2,0	-1,1	0,0	-0,7

¹⁾ Gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. Daten ESVG 1995. — ²⁾ Einschließlich Einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. — ³⁾ Prognose der Europäischen Kommission. — ⁴⁾ Prognose des DIW.
Quellen: Europäische Kommission; DIW.

genzprogrammen (für die übrigen EU-Länder) verständigt. Die Mitgliedsstaaten haben diese Programme jeweils bis zu Beginn der Jahre 1999 und 2000 vorgelegt. Sie sind eine Art mittelfristige Finanzplanung, die die Anpassung der Finanzpolitik an die Budget- und Schuldenstandsziele realistisch darstellen soll (Abbildung). Mit der verbesserten konjunkturellen Lage stiegen aber die Steuereinnahmen — bei in den Jahren zuvor häufig angezogener Steuererschraube — kräftiger als erwartet, und die Ausgaben im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich verringerten sich rascher. Dies schlägt sich bereits in einer Revision der Programme nieder, die zu Beginn dieses Jahres vorgelegt worden sind. Inzwischen stellen sich die Prognosewerte für die nationalen Budgets vielfach noch günstiger dar. Nicht nur in den großen Ländern wie Deutschland und Frankreich sprudeln die Steuerquellen reichlicher als vorhergesehen, sondern die finanzpolitische Lage auch in vielen kleineren Ländern hat sich verbessert. In erster Linie ist dies auf den konjunkturellen Aufschwung zurückzuführen, jedoch spielen auch gewichtige Sonderfaktoren — insbesondere hohe einmalige Erlöse aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen — eine Rolle. In dem Maße, wie diese zur Schuldentilgung verwendet werden, sinkt der Schuldendienst für die kommenden Jahre. In Deutschland etwa — als dem wirtschaftlich bedeutendsten EWU-Land — betragen die Erlöse in diesem Jahr rund 2½ % des Bruttoinlandsprodukts und schlagen entsprechend bei der Veränderung des Haushaltssaldos zu Buche.²

Für die Finanzpolitik vieler EWU-Länder haben sich damit neue Spielräume eröffnet. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht direkte Zwänge — u. U. auch mit Sanktionen in Form von Strafgebühren bis zu 0,5 % des BIP — nämlich nur für den Fall vor, dass die Maastricht-Referenz-

werte verfehlt werden. Er sagt nichts über Handlungszwänge für eine Situation, in der — wie gegenwärtig — ein weitgehender Haushaltsausgleich erzielt wird oder vielfach sogar Überschüsse bestehen. Allerdings hat der Eu-

² Nach einer Entscheidung von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, werden diese Erlöse in voller Höhe im Jahre 2000 gebucht. Vgl. Öffentliche Haushalte 2000/2001: Expansive Impulse durch die Steuerreform. Bearb.: Dieter Teichmann und Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 36/2000.

Tabelle 4

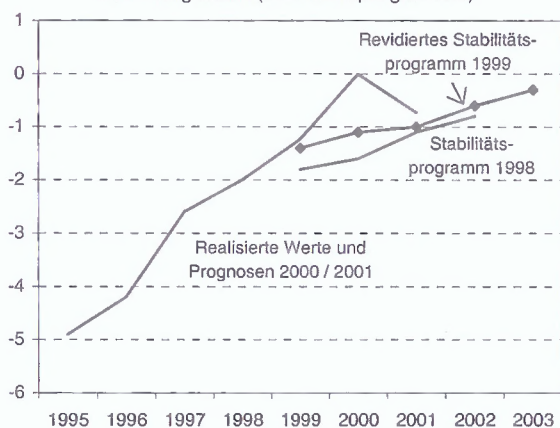
Zinsausgaben des Staates in den EWU-Ländern
in % des Bruttoinlandsprodukts

	1996	1997	1998	1999	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾
Deutschland	3,7	3,7	3,6	3,5	3,5	3,4
Frankreich	3,9	3,7	3,6	3,3	3,1	3,2
Italien	11,5	9,4	8,1	6,8	6,4	6,0
Spanien	5,4	4,8	4,4	3,7	3,5	3,4
Niederlande	5,6	5,1	4,9	4,4	4,0	3,6
Belgien	8,7	7,9	7,7	7,2	6,9	6,6
Österreich	4,2	3,9	3,8	3,6	3,5	3,4
Finnland	4,3	4,3	3,7	3,6	3,3	3,1
Portugal	5,4	4,3	3,6	3,4	3,3	3,3
Irland	4,7	4,3	3,5	2,6	2,2	1,9
Luxemburg	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3
EWU-Länder	5,6	5,1	4,7	4,3	4,1	3,9
Nachrichtlich:						
Großbritannien	3,7	3,7	3,6	2,9	3,0	2,7
Schweden	7,1	6,9	6,2	5,5	4,7	4,1
Dänemark	6,1	5,8	5,3	4,7	4,4	3,9
Griechenland	10,5	8,3	7,8	7,4	7,2	6,6

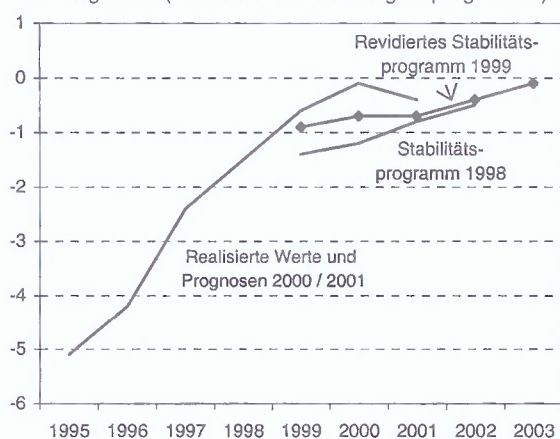
¹⁾ Prognose der Europäischen Kommission.
Quelle: Europäische Kommission.

Entwicklung und Prognose der staatlichen Finanzierungssalden in % des BIP

EWU insgesamt (Stabilitätsprogramme)



EU insgesamt (Stabilitäts- und Konvergenzprogramme)



Quellen: Europäische Kommission; Prognosen des DIW.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Europäische Rat nach Vorlage der nationalen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme — zuletzt im Frühjahr dieses Jahres — jeweils Empfehlungen für die in den einzelnen Ländern zu verfolgende Politik abgegeben. Dabei zeigt sich die Tendenz, im Falle einer unerwartet günstigen Entwicklung des Budgets für eine zusätzliche Konsolidierung oder gar Überschussbildung zu plädieren. Gefordert werden aber auch Veränderungen in der Ausgabenstruktur, insbesondere zugunsten öffentlicher Investitionen.³

Schwerpunkt Steuerreformen mit Steuersenkungen

Im Verlauf von 1999/2000 hat eine Reihe von EWU-Ländern die unerwartet rasche Verbesserung der Haushalts-salden zu teilweise umfangreichen Steuersenkungen ge-

nutzt oder zumindest solche Maßnahmen angekündigt (Übersicht). Die Hauptrolle spielte dabei zumeist das Standortmotiv. Tatsächlich stehen die nominalen Steuersätze im Mittelpunkt des Interesses der Investoren aus dem In- und Ausland. Ein Teil der Maßnahmen ist speziell darauf gerichtet, die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit zu verringern. Dadurch soll der Einsatz von Arbeit statt Kapital attraktiver werden. Neben der Verbesserung der Standortbedingungen zielen die Reformen auf eine Erhöhung der Massenkaukraft, indem die Nettoeinkommen deutlich stärker steigen als die Bruttoeinkommen, deren Entwicklung durch niedrige Lohnabschlüsse geprägt ist. In den meisten Ländern wurden die Steuersätze auf Arbeitseinkommen gesenkt; in vielen Ländern wurden auch die Sozialabgaben für Arbeitgeber oder die Mehrwertsteuersätze für bestimmte besonders arbeitsintensive Dienstleistungen befristet herabgesetzt.

In ihrem Volumen sind die Steuerreformen in allen drei großen Volkswirtschaften — Deutschland, Frankreich und Italien — beträchtlich, auch wenn sich die Entlastungswirkungen unterschiedlich über die nächsten Jahre verteilen. Für das Jahr 2001 liegen die Steuermindereinnahmen bei jeweils etwas über (Deutschland) oder unter (Frankreich, Italien) einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Als erstes der großen Länder hat *Deutschland* eine umfangreiche Steuerreform verabschiedet.⁴ Hier ging es vor allem darum, die Steuerbelastung der Unternehmen zu senken. Da im Unterschied zu den meisten anderen EWU-Ländern ein großer Teil der deutschen Unternehmen Personengesellschaften sind, ist dies nur dadurch möglich, dass neben der Körperschaftsteuer auch die Einkommensteuer deutlich gesenkt wird; die zunehmende Spreizung der Steuersätze ist hierbei ein besonderes Problem.

In *Frankreich* liegt der Akzent der soeben beschlossenen Steuerreform dagegen auf einer Entlastung der privaten Haushalte und vor allem der Niedrigverdiener bei der Einkommen- und der allgemeinen Sozialsteuer. Aber auch die Körperschaftsteuer wird gesenkt, die Kraftfahrzeugsteuer (vignette) abgeschafft. Zudem wird das Heizöl verbilligt; die anhaltenden Proteste gegen die hohen Energiepreise dürften sogar zu einem weiteren Entgegenkommen der Regierung führen.

In *Italien* gab es bereits eine Reihe von entlastenden Maßnahmen für Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich und zur Senkung der Kosten für den Faktor Arbeit. Umfangreiche Einkommensteuersenkungen unter besonderer Berücksichtigung niedrigerer Einkommen sind für die Jahre bis 2004 bereits angekündigt.

Auch in fast allen *mittleren und kleinen EWU-Ländern* gab es mehr oder weniger umfangreiche Steuersenkun-

³ Vgl. die jeweils im Amtsblatt der EU veröffentlichten Stellungnahmen zu den einzelnen Ländern.

⁴ Vgl. Öffentliche Haushalte 2000/2001: Expansive Impulse durch die Steuerreform, a.a.O.

Wichtige Elemente der Steuerreformen in den EWU-Ländern für die Jahre 2000/2001

	Einkommensteuer	Körperschaft- und Kapitalsteuern	Verbrauchssteuern	Energie- und Umweltsteuern; sonstige Steuern	Beiträge zur Sozialversicherung
Deutschland	Breite Senkung der Einkommensteuersätze. Anhebung des steuerfreien Existenzminimums. Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.	Senkung der Körperschaftsteuer auf 25 % (von 40 % bzw. 30 % für nichtausgeschüttete/ausgeschüttete Gewinne). Keine Steuer auf Kapitalgewinne bei Veräußerung von Holdings zwischen Unternehmen.		Einführung einer über mehrere Jahre ansteigenden Ökosteuer als Gegenfinanzierung zur Senkung von Sozialabgaben.	Verringerung der Beiträge zur Rentenversicherung um 0,8 Prozentpunkte.
Frankreich	Reduzierung aller Steuersätze, insbesondere für die Bezieher niedriger Einkommen.	Abschaffung der bisherigen Zusatzsteuer (entspricht einer Senkung der Körperschaftsteuer von 36,6 auf 33,3 %). Steueranreize für innovative junge Unternehmen.	Reduzierung der Mehrwertsteuersätze für Reparaturen und Dienstleistungen in Haushalten.	Anhebung von Ökosteuern, insbesondere zur Finanzierung von Kompensationen für die Einführung der 35-Std.-Woche. Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer.	Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung bei Niedriglohnbezieher. Senkung der allgemeinen Sozialsteuer (CSG).
Italien	Reduzierung der Steuersätze, insbesondere für die Bezieher niedriger Einkommen.	Incentives für Risikokapital. Senkung der regionalen Körperschaftsteuer. Zusätzliche Abzugsfähigkeit bestimmter Ausgaben.	Reduzierung der Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen.		Senkung der Beiträge für neue Jobs und Niedriglohnbezieher. Teilfinanzierung der Sozialversicherungsausgaben durch allgemeine Steuern.
Spanien	Reduzierung der Spitzensteuersätze, Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums.	Steueranreize für Risikokapital.			Senkung von Sozialabgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Schaffung von Dauerarbeitsplätzen.
Niederlande	Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Senkung der Steuer auf Arbeitseinkommen.	Reduzierung der Körperschaftsteuer (2001).	Anhebung der Mehrwertsteuer (um 1,5 Prozentpunkte im Jahre 2001). Reduzierte Mehrwertsteuersätze für einige arbeitsintensive Dienstleistungen.		Reduzierung der Sozialabgaben im Niedriglohnbereich.
Belgien	Senkung der Spitzensteuersätze.		Reduzierte Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen.		Reduzierung der Sozialabgaben im Niedriglohnbereich.
Österreich	Reduzierung von Steuersätzen bei mittleren und Spitzeneinkommen. Anhebung von Freibeträgen für Familien.				
Finnland	Senkung der Steuersätze (1997 bis 1999; weitere Senkung 2000 bis 2003 geplant).	Erhöhung des Steuersatzes von 28 auf 29 %.		Anhebung von Energiesteuern.	Reduzierung von Sozialversicherungsbeiträgen.
Portugal	Reduzierung der Einkommensteuersätze.				Harmonisierung der Sozialabgaben für Selbständige und Beschäftigte.
Irland	Senkung des Spitzensteuersatzes und des Standardsatzes. Anhebung des steuerfreien Existenzminimums.	Steuervergünstigungen und reduzierte Sätze für Kapitalgewinne bei Risikokapital.	Anhebung der Tabaksteuern.		
Luxemburg	Steuersenkung (2001 oder 2002).		Reduzierung der Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen.		
Quellen: Europäische Kommission; DIW.					

gen oder zumindest deren Ankündigung. In den Niederlanden ist für das Jahr 2001 bereits eine Entlastung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer beschlossen; Belgien und Portugal haben soeben eine Senkung der Spitzensteuersätze, Portugal auch eine Anhebung der Einkommensgrenzen beschlossen, für die der jeweilige Steuersatz gilt. Luxemburg will die für 2002 geplante Steuersenkung vorziehen, und auch in Finnland sollen die Steuersätze gesenkt werden.

Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass es in mehreren Ländern auch unterschiedliche Maßnahmen der Gegenfinanzierung gab. So ist die Steuerreform in Deutschland in besonderem Maß durch eine gleichzeitige Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage gekennzeichnet, wobei u. a. Abschreibungsmöglichkeiten eingeschränkt worden sind. In anderen Fällen wurden kompensierende Steuern eingeführt oder erhöht, wobei vor allem Ökosteuern eine Rolle spielen. In Frankreich wurden zudem schon vor einiger Zeit Kapitalerträge in die Bemessungsgrundlage der Sozialversicherung aufgenommen. Allgemein gibt es einen Trend, Kapitalerträge mit einer proportionalen Abgeltungssteuer zu belegen, wobei die Steuersätze der EWU-Länder sich gegenseitig annähern. Hierzu hat zweifellos die erhöhte Kapitalmobilität in der EWU beigetragen. Dem verschärften Systemdruck kann nur durch Einführung einer einheitlichen Zinssteuer begegnet werden, doch gelang es bisher nicht, darüber einen Beschluss auf EU-Ebene herbeizuführen.

Der Zeitraum, über den die steuerlichen Impulse wirksam werden sollen, ist unterschiedlich, umfasst aber im Wesentlichen die kommenden vier Jahre. Die Umsetzung in den größeren Ländern wird nach den bisherigen Planungen in Frankreich und Deutschland am raschesten, in Italien erst über einen etwas längeren Zeitraum erfolgen.

Konjunktur- und wachstumspolitische Aspekte

Zwar sagt der Stabilitäts- und Wachstumspakt direkt nichts darüber aus, welche Defizit- bzw. Überschussquoten die einzelnen Länder anstreben sollen, um auch bei einer ernsthaften Konjunkturabschwächung die Rückführung ihrer so genannten strukturellen Defizite nicht zu gefährden. Jedoch wurde verschiedentlich versucht, die Einflüsse von Konjunkturschwankungen auf die nationalen Haushalte, die sich insbesondere durch das Wirken der automatischen Stabilisatoren ergeben, abzugreifen.⁵ Ausgangspunkt dabei ist die Frage, welche Quoten mittelfristig realisiert sein sollten, damit es auch bei einer stärkeren Konjunkturabschwächung nicht zu einer Verletzung der Maastricht-Referenzwerte, in diesem Fall also der Defizitquote von maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts, kommt. Danach sollen Finnland und Schweden wegen der hohen Konjunkturreagibilität ihrer Haushaltssalden mittelfristig einen positiven Finanzierungssaldo, die meis-

ten Länder eine Defizitquote von 0 bis 1 %, Deutschland, Italien und Frankreich, aber auch Griechenland und Österreich eine solche von gut 1 % anstreben. An diesen Richtwerten gemessen, hätten bereits in diesem Jahr praktisch alle EWU-Länder ihr ‚Soll‘ erfüllt. Auch wenn also die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und andere Institutionen immer wieder fordern, unerwartet günstige Budgetentwicklungen in jedem Fall zur zusätzlichen Konsolidierung zu nutzen: Ein dringender Bedarf daran besteht nicht.

Die Entscheidung in einer Reihe von Ländern, Steuer-senkungen durchzuführen, ist damit im Prinzip gutzuheißen. Sollte sich allerdings der Aufschwung mit Wachstumsraten von reichlich 3 %, wie gegenwärtig für eine Reihe von Ländern zu beobachten, über einen längeren Zeitraum fortsetzen, so wäre es durchaus angebracht, die Konsolidierung voranzutreiben. Hierbei ist freilich nach Ländern zu differenzieren. Eine zusätzliche finanzpolitische Stimulierung in Ländern mit besonders starkem Wirtschaftswachstum — wie Irland und Spanien — würde dort nur die Inflation weiter verstärken. Allerdings sollten auch Länder mit einem Schuldenstand, der kaum unter oder sogar noch über dem Referenzwert von 60 % liegt, den gegenwärtigen Spielraum zumindest teilweise zur weiteren Konsolidierung nutzen; dies gilt auch für Deutschland. Ein wichtiger Grund hierfür ist die langfristige Gewinnung einer größeren finanzpolitischen Handlungsfreiheit durch eine dauerhafte Senkung der Zinszahlungen auf die Staatsschuld.

Von Bedeutung ist ferner, das Vertrauen in einen stetigen Kurs der Finanzpolitik zu stärken und bei den Steuerzahlern die Erwartung einer längerfristig niedrigeren Belastung mit Steuern und Abgaben zu stabilisieren. Dabei sollte sich die finanzpolitische Strategie an der mittelfristigen Entwicklung des Produktionspotentials orientieren. Hierzu scheinen die starken Schwankungen der Haushaltssalden für die EWU insgesamt wie für zahlreiche Länder in den Jahren 1999 bis 2001 in Kontrast zu stehen. Waren die Konsolidierungsmaßnahmen — gemessen an der Entwicklung der Defizitquoten — in den letzten Jahren geringer, so scheinen sie in diesem Jahr hoch dosiert zu sein. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Sonderbewegung: Der ‚Swing‘ ergibt sich vor allem aus hohen Einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. Derartige Einnahmen bedeuten keine Verschärfung des finanzpolitischen Restriktionsgrades, ebenso wenig wie die teilweise im nächsten Jahr wieder höheren Defizite in diesen Ländern nicht einen Umschwung in Richtung auf expansivere Strategien darstellen.

Bei alledem ergibt es allerdings keinen Sinn, den Staatsanteil auf Kosten zukunftssträchtiger öffentlicher Investitionen zurückzuführen. Wie die Entwicklung der

⁵ Vgl. etwa Europäische Kommission: Haushaltsüberwachung in der WWU. In: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Nr. 3/1999.

staatlichen Bruttoanlageinvestitionen zeigt (Tabelle 2), werden die Infrastrukturausgaben schon seit langem vernachlässigt. Dadurch verschlechtern sich die langfristigen Wachstumsaussichten. Positive Wachstumsimpulse werden bei einer allmählichen Rückführung der Staatsquote, die ein unterdurchschnittlicher Anstieg der öffentlichen Ausgaben mit sich bringt, per saldo nur wirksam, wenn steuerliche Stimulierung der privaten Nachfrage und mehr öffentliche Zukunftsvorsorge zusammengekommen die Entzugseffekte einer Verringerung des Staatsanteils mehr als wettmachen.

Fazit

Mit der verbesserten Konjunktur und den sinkenden öffentlichen Defiziten oder gar steigenden Überschüssen haben sich die EWU-Länder, vor die Frage gestellt, welcher finanzpolitischen Strategie — forciertem Schuldenabbau, Steuersenkungen und/oder Ausgabenerhöhungen — der Vorrang zu geben sei, schwerpunktmäßig für Steuersenkungen entschieden. Trotz teilweise immer noch hoher Staatsschuld dürfte diese Strategie für die EWU insgesamt richtig sein. Kurzfristig schaffen die fiska-

lischen Impulse zudem tendenziell ein Gegengewicht zur restriktiven Politik der Europäischen Zentralbank.

Diese hat die geldpolitischen Schrauben bereits wieder angezogen, obwohl mit Blick auf die grundlegenden Indikatoren (Kerninflationsrate, Lohnstückkostenentwicklung) gegenwärtig für die EWU trotz wieder etwas höherer Preissteigerungsraten noch keine Inflationsgefahr besteht. Bisher haben energiepreisbedingte exogene Preissteigerungen keinen Eingang in die Lohnabschlüsse gefunden. Dies darf auch künftig nicht geschehen. Den Tarifparteien sollte klar sein, dass exogen verursachte Preissteigerungen hingenommen werden müssen und keine Verteilungskonflikte auslösen dürfen.

Die Finanzpolitik darf in dieser Situation nicht restriktiv werden. Ein ausreichend kräftiges Wirtschaftswachstum über mehrere Jahre, mit dem ein größerer Schritt in Richtung Vollbeschäftigung getan würde, wäre sonst illusorisch. Dies schließt nicht aus, dass sich die Finanzpolitik der EWU-Länder je nach Konjunkturlage differenziert verhält. Während etwa die boomenden Länder Spanien und Irland forciert ihre Schulden abbauen sollten, täte Deutschland gut daran, seinen neu gewonnenen Spielraum nur vorsichtig zur weiteren Konsolidierung zu nutzen.

Energieverbrauch im Freizeitbereich steigt

Wachsende Zeit- und Einkommensbudgets, die für Freizeit Zwecke zur Verfügung stehen, finden ihren Niederschlag in entsprechend steigenden Freizeitaktivitäten, verbunden mit immer größer werdendem Mobilitäts-, Raum- und Ressourcenbedarf. Das DIW hat im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ein Gutachten zur energiewirtschaftlichen Bedeutung des Freizeitbereiches¹ erstellt, dessen Ergebnisse hier zusammengefasst werden. Für ein Referenzjahr (1996) wurde eine detaillierte Analyse durchgeführt. Die Perspektiven des Energieverbrauches für die Freizeit wurden für das Jahr 2010 geschätzt.

Methodische Vorbemerkungen

Die hier verwendete Definition von Freizeit(aktivitäten) orientiert sich an den für die Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes verwendeten Kriterien.² Danach handelt es sich bei Freizeit in jedem Falle um arbeits-/ausbildungsfreie Zeit; aber nicht alle Aktivitäten, die in dieser Zeit stattfinden, sind Freizeitaktivitäten. Zum Freizeitbereich werden nur solche Handlungen gerechnet, die weitgehend selbstbestimmt und zugleich frei von sozialen Anforderungen (z. B. Kinderbetreuung, Ehrenamt) sowie physiologischen Anforderungen (z. B. Ernährung, Schlafen) sind. Unter Freizeit wird somit die Zeit für Erholung, Entspannung und Zerstreuung verstanden.

Der den Freizeitaktivitäten zuzurechnende Energieverbrauch lässt sich prinzipiell unterscheiden in unmittelbaren Energieverbrauch, der während der Aktivität durch

die Nutzung von Geräten, Installationen, Verkehrsmitteln u. Ä. entsteht (z. B. für das Fernsehgerät, die Schwimmbadheizung oder den Pkw), und mittelbaren Energieverbrauch, der für Produktion, Vertrieb sowie Wartung/Reparatur/Instandsetzung von Freizeitgütern (z. B. Tennisschläger), -dienstleistungen (z. B. Reisebüro) und -einrichtungen (z. B. Theater) benötigt wird (Abbildung 1).

Im vorliegenden Projekt wurde beim mittelbaren Energieverbrauch nur derjenige Teil berücksichtigt, der direkt

¹ Heilwig Rieke, Jutta Kloas, Rainer Hopf, Georg C. Goy: Energie und Freizeit: Statistische Grundlagen, energiewirtschaftliche Analyse und längerfristige Perspektiven. Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Berlin 2000 (als Manuskript vervielfältigt).

² Statistisches Bundesamt: Die Zeitverwendung der Bevölkerung, Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Wiesbaden 1995.

Abbildung 1

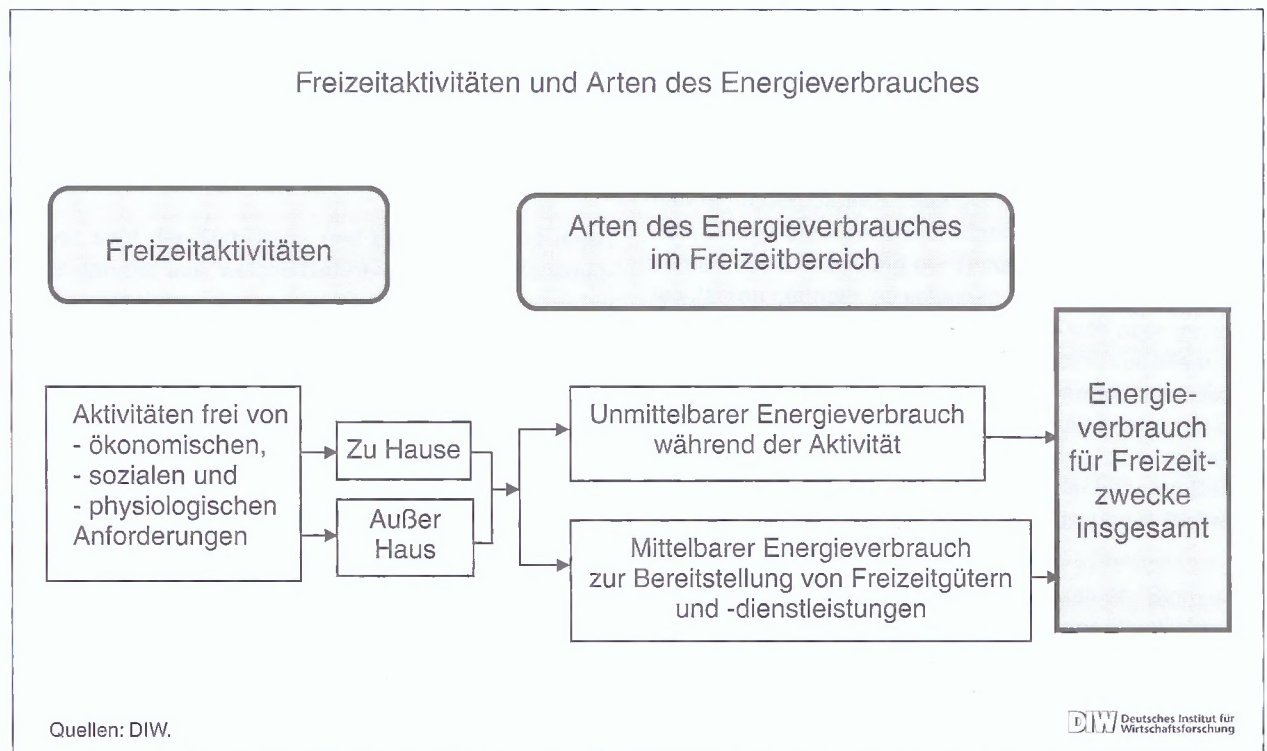


Tabelle 1

Erfassung des mittelbaren Endenergieverbrauchs im Zusammenhang mit Freizeitgütern, -dienstleistungen und -einrichtungen

Güter und Dienstleistungen für Freizeitaktivitäten	Vorleistung	Produktion	Vertrieb	Wartung/Reparatur/ Instandsetzung
Verbrauchsgüter	–	+	+	\
Dienstleistungen	–	+	+	\
Gebrauchsgüter				
Geräte/Gegenstände	–	+	+	+
Verkehrsmittel	–	+	+	+
Gebäude/Anlagen	–	*	\	*
Verkehrsinfrastruktur	–	*	\	*

– wird nicht betrachtet, + wird betrachtet, * Information nicht vorhanden, \ Fragestellung trifft nicht zu.

Quelle: DIW.

zur Herstellung von Endprodukten dient; der Energieverbrauch für die Vorleistungen wurde also nicht einbezogen. Ebenso konnte, mangels differenzierter Daten für die Baubranche, derjenige Energieverbrauch nicht erfasst werden, der bei der Erstellung von für Freizeit Zwecke genutzten Gebäuden/Anlagen und bei der Verkehrsinfrastruktur anfällt; aus beiden Sachverhalten ergibt sich eine Untererfassung des Energieverbrauchs (Tabelle 1).

Die Bestimmung des Freizeitenergieverbrauches stützt sich auf die Angaben der Energiebilanz³ zum Endenergieverbrauch nach Sektoren („Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe insgesamt“⁴, „Verkehr insgesamt“, „Haushalte“ und „Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“). Aus deren Abgrenzungen folgen neben der angesprochenen Vorleistungsproblematik insbesondere zwei weitere methodisch-inhaltliche Aspekte; der Nettoeffekt für die Höhe des Energieverbrauchs ist nicht eindeutig:

- Die deutschen Energiebilanzen basieren auf dem Inlandsprinzip, d.h. sie enthalten den Energieverbrauch für die Herstellung von exportierten Gütern, aber nicht den für die Herstellung von importierten Gütern.
- Ein Teil der für Freizeit Zwecke genutzten Güter ist langlebiger Natur, d.h. der Güterbestand setzt sich aus verschiedenen Produktionsjahrgängen zusammen. Der in der Energiebilanz ausgewiesene Verbrauch der Industrie bezieht sich jedoch nur auf die Produktion von Gütern in einem Jahr, die, selbst wenn sie vollständig im Produktionsjahr abgesetzt werden, nur einen Teil des Gesamtbestandes darstellen.

Den perspektivischen Aussagen für das Jahr 2010 liegt eine grobe Schätzung auf Basis ausgewählter Eckwerte der aktuellen Energieprognose von Prognos/EWI zugrunde.⁵

Die in diesem Bericht ausgewiesenen Ergebnisse beziehen sich stets auf den Endenergieverbrauch; die je nach Energieträger unterschiedlichen Verluste bei der

Umwandlung von Primär- in Endenergie werden also nicht erfasst. Einbezogen werden alle Energieträger; die Angaben erfolgen in Petajoule (PJ).⁶

Freizeitenergieverbrauch

Haushalte

Der Endenergieverbrauch privater Haushalte betrug 1996 laut Energiebilanz 2890 PJ. Davon entfielen 79 % auf Raumwärme und weitere 14 % auf Warmwasserbereitung und sonstige Prozesswärme (z.B. Kochen, Trocknen). Knapp 6 % wurden für Kraft, d.h. den Betrieb elektrischer Geräte, verwendet; Beleuchtung hatte mit gut 1 % den geringsten Anteil.⁷ Mit Ausnahme von Kraft werden alle übrigen Energieverwendungsarten der Grundversorgung zugerechnet, d.h. es werden keine Anteile für den Freizeitbereich bestimmt.

Laut Haushaltskundenbefragung 1996 der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke kann knapp ein Drittel (52,8 PJ) der auf den Bereich Kraft entfallenden Endenergie Geräten des Informations- und Kommunikationsbereiches zugerechnet werden.⁸ Bezogen auf die von Haushalten insgesamt verbrauchte Energiemenge ist das ein

³ Jährlich erstellt von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

⁴ Im folgenden Text zusammengefasst unter dem Begriff „Industrie“.

⁵ Prognos/EWI: Die längerfristige Entwicklung der Energiemärkte im Zeichen von Wettbewerb und Umwelt. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Basel 1999 (als Manuskript vervielfältigt). In der Prognose wurden keine gravierenden Veränderungen der Energiepreise unterstellt.

⁶ Mit der Maßeinheit (Peta-)Joule wird der Heizwert der verschiedenen Energieträger in vergleichbarer Form erfasst.

⁷ Vgl. Arbeitskreis Nutzenergiebilanzen beim VDEW, Tafel 4.3.

⁸ Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke — VDEW (Hrsg.): Haushaltskundenbefragung 1996, Auswertungsbericht, Frankfurt am Main 1997.

Tabelle 2

**Endenergieverbrauch für Freizeit Zwecke
nach Bereichen 1996 und 2010
in Petajoule**

	1996	2010
Industrie ¹⁾ , Handwerk, Handel	76,3	82,5
Elektrotechnische Erzeugnisse ²⁾	2,2	2,0
Fahrzeugbau, Reifen, Kfz-Reparatur, -Handel, -Leasing	53,2	59,6
Tankstellen	3,5	3,1
Sonstige chemische Industrie	1,2	1,4
Freizeitkleidung u. -zubehör, Lederwaren, Schuhe	0,3	0,3
Buch-, Verlags- und Druckerzeugnisse	2,3	2,5
Musikinstrumente, Sportgeräte	0,6	0,6
Spielwaren	0,9	1,0
Einzelhandel	12,1	12,0
Dienstleistungen	160,3	165,6
Gastgewerbe	90,5	96,5
Kultur und Unterhaltung	42,6	41,2
Sport und Bäder	27,2	27,9
Haushalte	52,8	78,4
Verkehr ³⁾	763,9	975,1
Zusammen	1 053,3	1 301,6

¹⁾ Einschließlich Kleinbetriebe. — ²⁾ PC, Unterhaltungselektronik, Telefone u. Ä. — ³⁾ Nur Personenverkehr, einschließlich Wohnmobile.
Quellen: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; Prognos/EWI; TUM/ISI/FiE; Berechnungen des DIW.

Anteil von knapp 2 %, der — unter Vernachlässigung von Abschlägen für geschäftliche/berufliche Nutzungen von PC, Telefon, Fax usw. und Zuschlägen für den Gebrauch weiterer freizeitrelevanter Geräte — als Größenordnung des unmittelbaren Energieverbrauchs für Freizeitaktivitäten im Haus angesehen werden kann.

Für die Schätzung des künftigen Energiebedarfs wurden u. a. die zu erwartenden Veränderungen der Zahl der Haushalte, der Nutzungsgewohnheiten, der Ausstattungsquoten und der spezifischen Energieverbräuche der Geräte berücksichtigt. Während schon heute fast alle Haushalte über Fernseh- und Radio-HiFi-Geräte verfügen, wird die Ausstattung mit Videogeräten und Personalcomputern für das Jahr 1996 auf 61 % bzw. 26 % geschätzt. Für das Jahr 2010 werden hier um fast ein Drittel bzw. um über 100 % höhere Ausstattungsquoten erwartet.⁹ Wachsende Bedeutung für den zukünftigen Stromverbrauch wird auch den Kleingeräten des Kommunikationsbereiches zugemessen (z. B. schnurloses Festnetztelefon, Mobiltelefon, Fax, Anrufbeantworter usw.).

Die freizeitbezogenen Anwendungsmöglichkeiten der neuen Kommunikationsmittel werden weiter zunehmen (z. B. Video-on-demand), aber auch die Nutzung dieser Medien für andere Zwecke dürfte steigen.

Unter Berücksichtigung aller Einflussfaktoren wird der freizeitbezogene Endenergieverbrauch der Haushalte im Jahre 2010 auf 78 PJ geschätzt; gegenüber 1996 bedeutet dies einen Zuwachs um 50 % und einen Anteil an der von Haushalten insgesamt verbrauchten Energie von 3 %.

Dienstleistungen

Im Endenergieverbrauchssektor Gewerbe, Handel, Dienstleistungen sind neben industriellen Kleinbetrieben sowie Handwerks- und Handelsbetrieben auch Dienstleistungsbetriebe enthalten; im Folgenden werden die freizeitrelevanten Dienstleistungen dargestellt.¹⁰

Im *Beherbergungsgewerbe* sind alle Betriebe erfasst, die gewerblich Übernachtungsmöglichkeiten anbieten, z. B. Hotels, Ferienheime, Campingplätze. Nicht dem Freizeitbereich zuzurechnen sind Übernachtungen während Dienst- und Geschäftsreisen, Schülerreisen und Fortbildungsmaßnahmen.¹¹ Für 1996 wurde der Energieverbrauch auf 39 PJ für Freizeit Zwecke im Beherbergungsgewerbe geschätzt, rund drei Viertel des Gesamtwertes in dieser Branche.

Zum *Gaststättengewerbe* zählen alle Betriebe, die Speisen und Getränke anbieten, neben Restaurants z. B. auch Bars, Diskotheken, Kantinen und Caterer. Ähnlich wie beim Beherbergungsgewerbe sind auch hier Abschläge für Nicht-Freizeit Zwecke zu machen. Die Schätzung ergab für 1996 einen freizeitbedingten Energieverbrauch von 51,5 PJ, etwa fünf Sechstel des Gesamtwertes.

Für die Prognose wird von einer Zunahme der Freizeitaktivitäten ausgegangen, die für beide Bereiche des Gastgewerbes relevant sind. Dazu werden die Faktoren Einkommenssteigerung, Zunahme der Einpersonenhaushalte und aktiveres Freizeitverhalten der künftigen Rentner-Generationen beitragen. Zugleich ist in Teilen der Energieverwendung (Raumwärme) von Effizienzverbesserungen auszugehen. Insgesamt wird eine Zunahme des Energieverbrauchs für Freizeit Zwecke im Gastgewerbe — Beherbergung und Gaststätten — von 90,5 PJ im Jahre 1996 auf 96,5 PJ erwartet.

⁹ Vgl. Prognos/EWI (1999), a.a.O.

¹⁰ Der Differenzierung des Energieverbrauchs des Sektors Gewerbe, Handel, Dienstleistungen für das Jahr 1996 liegt folgende Studie zugrunde: Bernd Geiger (Technische Universität München), Edelgard Gruber (Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe), Werner Megele (Forschungsstelle für Energiewirtschaft, München): Energieverbrauch und Einsparung in Gewerbe, Handel und Dienstleistung. Heidelberg 1999.

¹¹ Zur entsprechenden Unterteilung wurde die Tourismus-Studie des DIW verwendet; vgl. Renate Filip-Köhn, Rainer Hopf, Jutta Kloas: Wirtschaftsfaktor Tourismus. Gutachten im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft. Berlin 1998 (als Manuskript vervielfältigt); vgl. auch: Zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in Deutschland. Bearb.: Renate Filip-Köhn, Rainer Hopf, Jutta Kloas. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/99.

Unter dem Oberbegriff *Kultur und Unterhaltung* wird die Nutzung der Dienstleistungen sehr verschiedenartiger Unternehmen (z. B. Theater, Opernhäuser, Kinos, Museen, Tierparks, nichtwissenschaftliche Bibliotheken, Volkshochschulen und Kirchen) zusammengefasst.

Für 1996 wurde ein freizeitbedingter Energieverbrauch von 42,6 PJ ermittelt. Zu einem Wachstum der hier relevanten Freizeitaktivitäten können Einkommenserhöhungen, größere Mobilität und Zunahme der Freizeit führen. Dämpfend wirken die steigende Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die die Freizeit stärker zerteilt und damit schlechter plan- und gestaltbar macht, und die künftig möglicherweise schwierigere Haushaltslage bei öffentlich finanzierten/geförderten Angeboten, aus der eine mengenmäßige Einschränkung und/oder höhere Preise resultieren können. Auch hier ist eine rationellere Energieverwendung zu erwarten. Insgesamt wird von einem geringfügigen Rückgang des Energieverbrauchs auf 41,2 PJ ausgegangen.

Sportliche Aktivitäten und der Besuch von Sportveranstaltungen sind typische Freizeittätigkeiten. Lediglich Schulsport und sportliche Betätigungen im Rahmen von Rehabilitierungsmaßnahmen sind nicht dem Freizeitbereich zuzuordnen. Ähnlich wie bei Kultur und Unterhaltung werden die Dienstleistungsangebote im Bereich *Sport und Bäder* gewerblich und öffentlich finanziert/gefördert erbracht. Trotz des großen Umfangs sportlicher Aktivitäten ist der Energieverbrauch relativ gering, da ein beträchtlicher Anteil im Freien und, zumal in der wärmeren Jahreszeit, in Infrastruktureinrichtungen mit geringem Energiebedarf ausgeübt wird. Darin unterscheidet sich dieser Bereich deutlich von den Bädern, bei denen immer ein nennenswerter Energieverbrauch entsteht. Für 1996 wurde der Endenergieverbrauch für den Bereich Sport mit 6,0 PJ und für den Bereich Bäder mit 21,2 PJ veranschlagt.

Auch hier sind die künftigen Entwicklungstendenzen von deutlich unterschiedlich wirkenden Einflussfaktoren geprägt. Einerseits wirkt die Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch den drastisch steigenden Anteil älterer Menschen restriktiv auf das Ausmaß der sportlichen Aktivitäten im weiteren Sinne, auch wenn innerhalb dieser Gruppe das Gesundheitsbewusstsein und das Interesse an körperlicher Betätigung zunehmen. Auch die Privatisierung der gegenwärtig noch vielfach in öffentlicher Trägerschaft befindlichen Infrastruktureinrichtungen mit daraus resultierenden Preiserhöhungen kann, trotz steigender Einkommen, dämpfend wirken. Andererseits führt das Bemühen um eine attraktivere und komfortablere Ausstattung der Anlagen für sich genommen zu einer Erhöhung des Energieverbrauchs. Insgesamt wird für 2010 ein leichter Anstieg des Energieverbrauchs auf 27,9 PJ (+2,6 % gegenüber 1996) erwartet, bei einer (absoluten wie relativen) Zunahme des Bereichs Bäder.

Verkehr

Als freizeitrelevant wird ausschließlich der Personenverkehr einbezogen. Der Güterverkehr ist als „Vorleistungsbereich“ zu charakterisieren, da er nicht direkt im Rahmen von Freizeitaktivitäten entsteht, sondern, neben anderen Transporten, der Beförderung von Freizeitgütern (und auch der der zugehörigen Vorleistungen) dient.

Berücksichtigt werden der Eisenbahnpersonenverkehr (Verkehr in Nah- und Fernverkehrszügen einschließlich des S-Bahnverkehrs), der öffentliche Straßenpersonenverkehr (Linien- und Gelegenheitsverkehr mit Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen), der motorisierte Individualverkehr (Verkehr mit Personenkraftwagen sowie motorisierten Zweirädern) und der gewerbliche Luftpassagierverkehr.¹² Ergänzend zu den üblichen Angaben der Personenverkehrsstatistik wird eine grobe Schätzung für Fahrleistungen und Verbrauch von Wohnmobilen vorgenommen, da diese Fahrzeuge überwiegend für Freizeit- und Urlaubszwecke eingesetzt werden. Für die Ermittlung des freizeitbezogenen Energieverbrauchs im Personenverkehr standen DIW-eigene Daten zur Verfügung.¹³

Bei allen Verkehrsarten haben die Verkehrsleistungen für Freizeitaktivitäten einen großen Anteil, der tendenziell noch leicht steigt. Insgesamt macht der freizeitbedingte Personenverkehr rund die Hälfte der Verkehrsleistung aus.

Die Schätzung des freizeitbedingten Endenergieverbrauchs erfolgte über die Verknüpfung der Verkehrsleistungswerte (Personenkilometer) und der jeweils zugehörigen spezifischen Endenergieverbrauchswerte (Kilojoule je Personenkilometer). 1996 wurden für Freizeit Zwecke 764 PJ (von insgesamt 1 869 PJ) verbraucht. Mit 579 PJ hatte der Pkw-Verkehr die bei weitem größte Bedeutung.

Im Prognosezeitraum 1996 bis 2010 wird sich der motorisierte Personenverkehr um über ein Viertel erhöhen. Hauptursachen hierfür sind weiterhin steigende Einkommen und die immer noch zunehmende Motorisierung der

¹² Nicht einbezogen wird der Personenverkehr mit Binnen- und Seeschiffen. Ebenfalls nicht berücksichtigt wird der private Flugverkehr.

¹³ Jochen Diekmann, Wolfgang Eichhammer, Anja Neubert, Heilwig Rieke, Barbara Schlomann, Hans-Joachim Ziesing: Energie — Effizienz — Indikatoren — Statistische Grundlagen, theoretische Fundierung und Orientierungsbasis für die politische Praxis. Heidelberg 1999; Endenergieverbrauch im Verkehr in Deutschland — Verringerung der Wachstumsraten in den neunziger Jahren. Bearb.: Heilwig Rieke. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 10/99; Weiterhin Wachstum von Fahrleistungen und Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr. Bearb.: Heilwig Rieke. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/96; Entwicklung des Personenverkehrs in Deutschland bis zum Jahr 2010. Bearb.: Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/94; Pkw-Bestandsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010. Bearb.: Rainer Hopf. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/94.

Tabelle 3

**Verkehrsleistungen und Endenergieverbrauch im Personenverkehr
insgesamt und im Freizeitbereich¹⁾**

	Einheit	1980		1996		2010	
		Insgesamt	dar. Freizeitbereich	Insgesamt	dar. Freizeitbereich	Insgesamt	dar. Freizeitbereich
Eisenbahnpersonenverkehr ²⁾							
Verkehrsleistung ³⁾	Mrd. Pkm	41,0	18,0	64,7	27,7	66,1	28,5
Endenergieverbrauch	PJ	25,0	9,1	45,8	15,3	40,5	13,8
Öffentl. Straßenpersonenverkehr ⁴⁾							
Verkehrsleistung ³⁾	Mrd. Pkm	74,1	26,3	85,2	35,6	97,6	45,2
Endenergieverbrauch	PJ	37,4	8,8	46,9	11,6	49,3	13,5
Motorisierter Individualverkehr ⁵⁾							
Verkehrsleistung ³⁾	Mrd. Pkm	477,4	241,4	744,3	370,2	891,8	464,4
Endenergieverbrauch	PJ	1 057,0	391,5	1 535,0	579,4	1 746,3	720,1
Luftpassagierverkehr ⁶⁾							
Verkehrsleistung ⁷⁾	Mrd. Pkm	41,3	22,2	122,8	80,8	231,5	144,8
Endenergieverbrauch	PJ	100,8	51,1	225,6	142,0	346,4	208,4
Zusammen							
Verkehrsleistung	Mrd. Pkm	633,8	307,9	1 017,0	514,3	1 287,0	682,9
Endenergieverbrauch ⁸⁾	PJ	1 223,4	463,7	1 868,9	763,9	2 201,8	975,1

¹⁾ 1980 Gebietsstand vor dem 3.10.1990, 1996 und 2010 Gebietsstand seit dem 3.10.1990. — ²⁾ Nur Schienenverkehr, einschließlich S-Bahn- und Militärverkehr. — ³⁾ Verkehrsleistungen im Bundesgebiet. — ⁴⁾ Verkehr mit Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen. — ⁵⁾ Verkehr mit Personenkraftwagen und motorisierten Zweirädern. — ⁶⁾ Gewerblicher Luftpassagierverkehr. — ⁷⁾ Verkehrsleistungen im innerdeutschen Verkehr und im abgehenden Verkehr in das Ausland einschließlich Auslandsstrecken; tatsächlich geflogene Entfernungen. — ⁸⁾ Einschließlich des Energieverbrauchs von Wohnmobilen im Freizeitbereich.

Quellen: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; Deutsche Bundesbahn/Deutsche Bahn AG; Mineralölwirtschaftsverband; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

privaten Haushalte, deren Zahl, im Gegensatz zur Bevölkerung, wächst.

Für die landgebundenen Verkehrsarten gilt, dass der Anteil des Energieverbrauchs für Freizeitaktivitäten deutlich unter dem entsprechenden Anteil an der Verkehrsleistung liegt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der größere Teil der Freizeitfahrten unter Bedingungen stattfindet, die zu einem niedrigeren Verbrauch führen als bei den übrigen Transportvorgängen.¹⁴ Verstärkt wird dieser Effekt noch dadurch, dass generell die Auslastung in den Verkehrsbereichen, in denen der Verkehr für Freizeit Zwecke typischerweise stattfindet, höher ist als in den übrigen Bereichen. Insgesamt steigt der Anteil des freizeitbedingten Energieverbrauchs im Personenverkehr von 37,7 % (1980) über 40,4 % (1996) auf 43,8 % (2010). Dies ist nur zum Teil durch den entsprechenden Anstieg bei der Verkehrsleistung bedingt. Hinzu kommt, dass der Anteil der Verkehrsarten mit sehr hohen spezifischen Energieverbrauchswerten (Pkw- und Luftverkehr) gegenüber denen mit niedrigen Werten (Eisenbahn- und öffentlicher Straßenpersonenverkehr) im Zeitverlauf zunimmt.

Industrie,¹⁵ Handwerk, Handel

Die insgesamt größte Bedeutung in diesem Bereich¹⁶ kommt dem Segment Fahrzeuge zu (*Fahrzeugbau, Rei-*

fen, Kfz-Reparatur, -Handel, -Leasing). Als Indikator zur Schätzung des auf den Freizeitbereich entfallenden Energieverbrauchs wurde die Verkehrsleistung nach Verkehrsarten im Freizeitverkehr herangezogen. Gut 36 PJ des Energieverbrauchs für den industriellen Fahrzeugbau (Pkw, motorisierte Zweiräder, Schienenfahrzeuge, Flugzeuge, Fahrräder und Boote) wurden 1996 dem Freizeitbereich zugerechnet.¹⁷ Aufgrund der Fahrzeugnachfrage wird für das Jahr 2010 ein um 20 % höherer

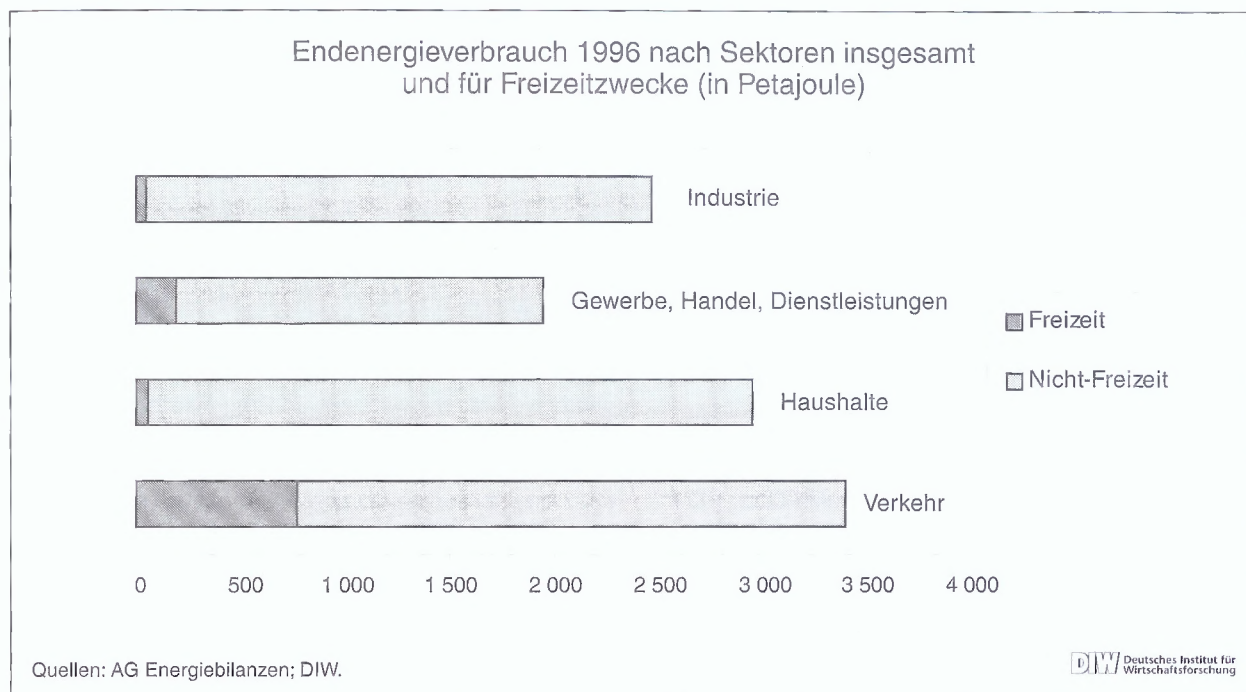
¹⁴ Beim Eisenbahnpersonenverkehr gilt dies für den Fernverkehr im Vergleich zum Nahverkehr, beim öffentlichen Straßenpersonenverkehr für den Gelegenheitsverkehr im Vergleich zum Linienverkehr. Im Pkw-Verkehr für Freizeit Zwecke überwiegt der Anteil der (längeren) Fahrten in verbrauchsgünstigeren Geschwindigkeitsbereichen gegenüber den (kürzeren) Fahrten vor allem im Innerortsbereich.

¹⁵ Einschließlich Kleinbetriebe.

¹⁶ Für den Bereich Industrie wurde zusätzlich zur Energiebilanz auf Daten der amtlichen Statistik zurückgegriffen: Statistisches Bundesamt: Produzierendes Gewerbe, Fachserie 4, Reihe 4.1.1.: Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1996. Für Handwerk und Handel wurde die genannte Studie von Geiger, Gruber und Megele verwendet.

¹⁷ Insgesamt (also einschließlich der Herstellung von Güterverkehrsfahrzeugen und des Anteils für Nicht-Freizeit Zwecke bei Personentransportmitteln) entfielen auf den industriellen Fahrzeugbau 110 PJ.

Abbildung 2



Energieverbrauch erwartet. Vor dem Hintergrund längerer Wartungsintervalle bei Neufahrzeugen und zunehmender Konzentration im Bereich der Werkstätten und des Kfz-Handels wird für den Teil Reparatur, Handel und Leasing (1996: 14,5 PJ) mit einem Rückgang um rund 10% des freizeitbedingten Energieverbrauchs für das Jahr 2010 gerechnet. Für den gesamten Bereich Fahrzeuge wird der auf den Freizeitbereich entfallende Energieverbrauch 2010 mit 60 PJ um 12% höher sein als im Basisjahr.

Der Energieverbrauch des *Tankstellengewerbes* betrug 1996 10,9 PJ. Unter Berücksichtigung des Anteils von Lastkraftfahrzeugen und des aus der Fahrtzweckstruktur abgeleiteten Anteils des Freizeitverkehrs mit Pkw ergibt sich ein Energieverbrauch von knapp 3,5 PJ, der als freizeitrelevant eingestuft werden kann. Der Rückgang der Zahl kleinerer Tankstellen und die bei Großtankstellen mögliche höhere Ausschöpfung von Energieeinsparpotentialen könnten in den nächsten Jahren zu einer Verminderung des Energieverbrauchs im Tankstellengewerbe um annähernd 10% führen, so dass der freizeitrelevante Energieverbrauch 2010 etwa 3,1 PJ ausmachen dürfte.

Im *Einzelhandel*¹⁸ mit freizeitrelevanten Gütern (ausgenommen Fahrzeug- und Reifenhandel) wurden 1996 12 PJ verbraucht. Der Facheinzelhandel wird sein Service- und Beratungsangebot ausbauen, um im Wettbewerb mit Warenhauskonzernen und Filialisten bestehen zu können. Möglicherweise sind im Jahr 2010 auch die Ladenöffnungszeiten vollständig liberalisiert, was strom-

verbrauchserhöhend wirkt. Dagegen wird die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte insgesamt zurückgehen. Es wird erwartet, dass sich die gegenläufigen Trends ausgleichen, so dass für 2010 mit einer Stagnation des hier betrachteten Energieverbrauchs im deutschen Einzelhandel (ohne Kfz-Gewerbe) zu rechnen ist.

Zusammenfassung

Für 1996 konnte ein Energieverbrauch im Zusammenhang mit Freizeitaktivitäten von 1 053 PJ, knapp 11% des gesamten Endenergieverbrauchs laut Energiebilanz, erfasst werden. In den einzelnen Sektoren ist dieser Anteil sehr unterschiedlich (Abbildung 2).

Bei der Industrie (Gesamtverbrauch 2 424 PJ) führt die ausschließliche Berücksichtigung von Endprodukten, d.h. die Außerachtlassung des Energieverbrauchs für Vorleistungen, soweit er in anderen Branchen anfällt, zu einer Untererfassung im Vergleich zur Bestimmung eines alle Produktionsstufen berücksichtigenden kumulierten Wertes. Insgesamt ergaben sich hier 44 PJ freizeitbedingter Energieverbrauch, das sind 1,8% des Gesamtwertes. Bei den Haushalten (Gesamtverbrauch 2 890 PJ) ist die relativ enge Definition des Freizeitbereichs die Ursache dafür, dass auch hier der geschätzte Wert als Untergrenze anzusehen ist. Mit 53 PJ entfielen ebenfalls 1,8% des Gesamtwertes auf den Freizeitbereich. Im Sektor Gewerbe, Han-

¹⁸ Der Großhandel wird aus der Betrachtung ausgeklammert, da er Vorleistungen für den Einzelhandel erbringt.

Tabelle 4

**Anteile des Endenergieverbrauchs für Freizeit Zwecke
nach Bereichen 1996 und 2010**
in %

	1996	2010
Industrie ¹⁾ , Handwerk, Handel, Dienstleistungen	5,7	6,1
Haushalte	1,8	2,7
Personenverkehr	40,9	44,3
Zusammen	11,8	14,3

¹⁾ Einschließlich Kleinbetriebe.
Quellen: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; Prognos/EWI;
TUM/ISI/FfE; Berechnungen des DIW.

del, Dienstleistungen wurden für Freizeitaktivitäten 192 PJ Endenergie (11 % des Gesamtwertes von 1 748 PJ) verbraucht. Auch hier gilt, dass aufgrund der Datenlage (insbesondere für das Baugewerbe) Teile des Energieverbrauchs nicht erfasst werden konnten. Am geringsten ist das Problem der Untererfassung im Sektor Verkehr (2 625 PJ einschließlich Güterverkehr). 1996 entfielen hier fast 30 % (764 PJ) des Endenergieverbrauchs auf Perso-

nenfahrten im Freizeitbereich. Dies entspricht gut zwei Fünfteln des Gesamtverbrauchs im Personenverkehr.

Die hier vorgestellten Berechnungen zeigen, dass der Personenverkehr für den gesamten freizeitbedingten Energieverbrauch von überragender Bedeutung ist. Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, dass ein nennenswerter Teil des Freizeitenergieverbrauchs in den Bereichen Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen auf den Fahrzeugsektor (Produktion, Vertrieb sowie Wartung und Reparatur von Personenverkehrsmitteln) entfällt. Bei der Industrie sind dies gut vier Fünftel, bei Gewerbe, Handel, Dienstleistungen knapp ein Fünftel.

An dieser Grundstruktur des freizeitbezogenen Endenergieverbrauchs wird sich im Prognosezeitraum nichts ändern. Insgesamt wird er bis 2010 um fast ein Viertel auf 1 302 PJ steigen; 85 % des Gesamtzuwachses sind auf den Personenverkehr zurückzuführen. Auch in den Sektoren Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen entfällt der größte Teil der absoluten Zuwächse auf Bereiche, die eng mit der Entwicklung des Verkehrs im Zusammenhang mit Freizeitaktivitäten verknüpft sind (vor allem Produktion, Handel u. Ä. von Verkehrsmitteln). In allen Sektoren wird sich der Anteil des Endenergieverbrauchs für Freizeit Zwecke weiter erhöhen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Aktuelle Tendenzen der Finanzpolitik in der EWU

Bearbeitet von Joachim Volz. —

Energieverbrauch im Freizeitbereich steigt

Bearbeitet von Jutta Kloas und Heilwig Rieke.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Straße 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—,
zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304